



Tagesordnung I Punkt 4.2 der öffentlichen Sitzung am 11. März 2021

Antrags-Nr. 21-F-21-0021

Berufsschulstandort stärken und weiterentwickeln

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90 die Grünen vom 08.03.2021 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden verfügt über ein hervorragend aufgestelltes Berufsschulzentrum, in dem an fünf beruflichen Schulen insgesamt knapp 10.000 Berufsschülerinnen und Berufsschüler sowie Schülerinnen und Schüler in unterschiedlichsten Fort- und Weiterführungsbildungsgängen unterrichtet werden. Damit ist das Berufsschulzentrum nicht nur für die Auszubildenden aus Wiesbaden ein attraktiver Ort der schulischen (Aus)Bildung, sondern entfaltet seine Strahlkraft auch weit in die Nachbarkommunen. Mit vielen Maßnahmen der vergangenen Jahre, die unter anderem auch erfolgreich von der WiBau umgesetzt wurden, wurde der Standort deutlich gestärkt, beispielhaft seien genannt:

- Der Abriss und Neubau eines Werkstattgebäudes für die Friedrich-Ebert-Schule mit einem Investitionsvolumen von 9 Mio.€
- Die Beschlussfassung (Beschluss Nr. 0567 vom 12.12.2019) und der Baubeginn für ein neues Hauptgebäude der Friedrich-Ebert-Schule mit einem Investitionsvolumen von 47 Mio. Euro
- Die Planung des Neubaus einer Groß-Sporthalle auf dem Grundstück Friedrich-Ebert-Schule / Brunhildenstraße (SH Wettiner Straße) (Beschluss Nr. 0152 vom 07.07.2020) mit einem Investitionsvolumen von 21 Mio. Euro
- Die Planung für die Erweiterung des Berufsschulzentrums am Standort der Friedrich-List-Schule (SV 20-V-40-0014) mit einem Investitionsvolumen von 54 Mio. Euro
- Die Ausstattung der neuen Friedrich-Ebert-Schule mit Technik und Möblierung in einem Volumen von 8,4 Mio. Euro (SV 21-V-40-0003)

In Summe fließen derzeit knapp 140 Mio. Euro in den Schul- und Sportstandort am Berufsschulzentrum. Um aber auch für die Zukunft gerüstet zu sein, wird der Magistrat gebeten, den Wiesbadener Berufsschulen weiterhin große Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften eine Gesamtübersicht über die baulichen Entwicklungen und zeitlichen Perspektiven im Bereich des Berufsschulzentrums zu geben,
2. dem Ausschuss Schule, Kultur und Städtepartnerschaften die Planungen für die dringend notwendige Sanierung des Laborgebäudes der Kerschensteinerschule vorzustellen,

3. zu prüfen, ob am Berufsschulzentrum mindestens eine nur für die beruflichen Schulen zuständige IT-Supportkraft angesiedelt werden kann und die notwendigen Stellen im Rahmen der Haushaltsberatungen als weitere Bedarfe anzumelden.
 4. ein Konzept zu entwickeln, das im Bereich der Berufsschulen nachhaltig und für die Zukunft sicherstellt, dass die Auszubildenden bei der Ausstattung mit Maschinen, Technik und Software arbeiten können, die in den Ausbildungsbetrieben zum Standard gehören,
 5. gemeinsam mit dem Nachbarlandkreis (Rheingau-Taunus-Kreis) einen neuen Schulentwicklungsplan - Berufliche Schulen zu erarbeiten und hierfür auch auf externe Unterstützung zurückzugreifen, um das spezielle Feld der beruflichen Schulen darzustellen und weiterzuentwickeln. Bei der Erarbeitung dieses Schulentwicklungsplanes für die Beruflichen Schulen sind auch Vertreterinnen und Vertreter von IHK, Handwerkskammer und Gewerkschaften einzubinden,
 6. zu berichten, ob Ausstattung und Betreuungsschlüssel der Schulsozialarbeit an den beruflichen Schulen vor dem Hintergrund der jüngsten Veränderungsprozesse noch ausreichend sind oder einer Verbesserung bedürfen. Zu nennen sind hier insbesondere die Angebote der Berufsvorbereitung durch die Einführung von BüA (Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung), der Wegfall der einjährigen höheren Berufsfachschule und die Ausweitung der Schulsozialarbeit auf die elfte Klasse der zweijährigen Höheren Berufsfachschule,
 7. einen regelmäßigen, institutionalisierten Austausch zwischen Kammern, Berufsschulgemeinden und Stadtverwaltung einzuführen,
 8. dem Ortsbeirat Südost und dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr endlich das mehrfach (zuletzt im Beschluss 0010 des Ortsbeirates Wiesbaden-Südost vom 31. Januar 2019) geforderte Verkehrskonzept für den Bereich des Berufsschulzentrums vorzulegen,
 9. gemeinsam mit der ESWE Versorgung AG und der Schulgemeinde der Friedrich-Ebert-Schule im Zusammenhang mit dem Neubau des Hauptgebäudes innovative Kooperationsprojekte im Rahmen der Umsetzung von Elektromobilität (Ladestationen für E-Autos, Ladepunkte für E-Bikes) zu initiieren.
-

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Antrag „Berufsschulstandort stärken und weiterentwickeln“ für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. März 2021

Der Beschlusstext wird folgendermaßen ergänzt (Ergänzung unterstrichen):

8. dem Ortsbeirat Südost und dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr endlich das mehrfach (zuletzt im Beschluss 0010 des Ortsbeirates Wiesbaden-Südost vom 31. Januar 2019) geforderte Verkehrskonzept für den Bereich des Berufsschulzentrums und des gesamten neuen Quartiers (inklusive Wohnbebauung, Parkhaus, Kita, Grundschule) vorzulegen. Hier muss auch der Aspekt eines autofreien/verkehrsarmen Quartiers beachtet werden.

9. gemeinsam mit der ESWE Versorgung AG und der Schulgemeinde der Friedrich-Ebert-Schule sowie allen anderen Beteiligten (Schulgemeinden, Sporthallenbetreibern, Wohnungsbauenden und Parkhauserstellenden) im Zusammenhang mit dem Neubau des Hauptgebäudes innovative Kooperationsprojekte im Rahmen der Umsetzung von Elektro-mobilität (Ladestationen für E-Autos, Ladepunkte für E-Bikes) zu initiieren.

Beschluss Nr. 0110

Der Antrag wird in folgender Form angenommen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften eine Gesamtübersicht über die baulichen Entwicklungen und zeitlichen Perspektiven im Bereich des Berufsschulzentrums zu geben,
2. dem Ausschuss Schule, Kultur und Städtepartnerschaften die Planungen für die dringend notwendige Sanierung des Laborgebäudes der Kerschensteinerschule vorzustellen,
3. zu prüfen, ob am Berufsschulzentrum mindestens eine nur für die beruflichen Schulen zuständige IT-Supportkraft angesiedelt werden kann und die notwendigen Stellen im Rahmen der Haushaltsberatungen als weitere Bedarfe anzumelden.
4. ein Konzept zu entwickeln, das im Bereich der Berufsschulen nachhaltig und für die Zukunft sicherstellt, dass die Auszubildenden bei der Ausstattung mit Maschinen, Technik und Software arbeiten können, die in den Ausbildungsbetrieben zum Standard gehören,
5. gemeinsam mit dem Nachbarlandkreis (Rheingau-Taunus-Kreis) einen neuen Schulentwicklungsplan - Berufliche Schulen zu erarbeiten und hierfür auch auf externe Unterstützung zurückzugreifen, um das spezielle Feld der beruflichen Schulen darzustellen und weiterzuentwickeln. Bei der Erarbeitung dieses Schulentwicklungsplanes für die Beruflichen Schulen sind auch Vertreterinnen und Vertreter von IHK, Handwerkskammer und Gewerkschaften einzubinden,
6. zu berichten, ob Ausstattung und Betreuungsschlüssel der Schulsozialarbeit an den beruflichen Schulen vor dem Hintergrund der jüngsten Veränderungsprozesse noch ausreichend sind oder einer Verbesserung bedürfen. Zu nennen sind hier insbesondere die Angebote der Berufsvorbereitung durch die Einführung von BüA (Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung), der Wegfall der einjährigen höheren Berufsfachschule und die Ausweitung der Schulsozialarbeit auf die elfte Klasse der zweijährigen Höheren Berufsfachschule,
7. einen regelmäßigen, institutionalisierten Austausch zwischen Kammern, Berufsschulgemeinden und Stadtverwaltung einzuführen,
8. dem Ortsbeirat Südost und dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr endlich das mehrfach (zuletzt im Beschluss 0010 des Ortsbeirates Wiesbaden-Südost vom 31. Januar 2019) geforderte Verkehrskonzept für den Bereich des Berufsschulzentrums vorzulegen. *Hier muss auch der Aspekt eines autofreien/verkehrsarmen Quartiers und der notwendigen E-Mobilität beachtet werden.*
9. gemeinsam mit der ESWE Versorgung AG und der Schulgemeinde der Friedrich-Ebert-Schule im Zusammenhang mit dem Neubau des Hauptgebäudes innovative Kooperationsprojekte im Rahmen der Umsetzung von Elektromobilität (Ladestationen für E-Autos, Ladepunkte für E-Bikes) zu initiieren.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2021

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .03.2021

Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat I / ESWE Versorgung
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister